

Baselbiet verzichtete auf Basler Geld

Regierungsräte Gschwind und Lauber lehnten Spar-Offerte beim Uni-Deal ab

Von Serkan Abrecht

Basel/Liestal. Dass die Baselbieter wegen notorisch roter Zahlen sparen müssen, ist unbestritten und offensichtlich. Das zeigt die hitzige Spardebatte um die Universität, die seit Wochen für Schlagzeilen in den regionalen Medien sorgt. Die neuste Aussage seitens der Baselbieter, die den eingeschlagenen radikalen Sparkurs demonstriert, ist die von Finanzchef Anton Lauber (CVP): «Eine 50:50-Finanzierung der Uni kommt für uns nicht mehr infrage.» Jubel im Stedtli, Empörung in der Stadt.

Gemäss Recherchen der BaZ ist die Basler Regierung ihrem Nachbarn bereits im Sommer 2015 mit einer Offerte entgegengekommen. Im Sommer 2015 hatte Baselland die Spardebatte um die Uni erstmals gross lanciert und kündigte an, insgesamt 30 Millionen Franken sparen zu wollen. Deshalb

«Der Kanton Baselland sollte solche Angebote nicht voreilig ausschlagen.»

LDP-Grossrätin Patricia von Falkenstein

schlug die Basler Regierung einen Deal vor, bei dem das Baselbiet jährlich 20 Millionen Franken hätte einsparen können: Fünf Millionen Franken würde die Uni den beiden Kantonen weniger verrechnen, noch einmal fünf Millionen aus den Mieteinnahmen der Uni wollte Basel dem Land überlassen und zehn Millionen hätten bei der Kulturförderung gespart werden können. Die damalige Exekutivdelegation aus Eva Herzog (SP), Guy Morin (GB) und Christoph Eymann (LDP) bot den Baselbieter Kollegen Monica Gschwind (FDP) und Anton Lauber (CVP) konkret an, aus dem 1997 beschlossenen Kulturvertrag ohne irgendwelche finanziellen Gegenleistungen aussteigen zu können.

Baselbiet will keine Entschärfung

Die Baselbieter schlugen das Angebot aus. Aus Furcht vor der Baselbieter Kultur-Lobby, wie die BaZ aus departementsinternen Kreisen erfahren hat. Denn würde Basel die Kulturkosten alleine tragen, hätte das Baselbiet kein Mitspracherecht mehr. Doch im Nachbarkanton wolle man sparen und trotzdem mitbestimmen können.

Bei der Offerte vom Sommer 2015 hätte Basel-Stadt 15 Millionen der Baselbieter Kosten übernommen und fünf Millionen bei der Uni selber eingespart. Der Deal hätte die ganze Debatte um die Uni entschärft – was offenbar nicht im Interesse der Baselbieter war. Weil die Delegation Baselland auf die Offerten seitens der Stadt nicht eingehen wollte, kam es letztlich zum 80-Mil-



Am falschen Ort. Bildungsdirektorin Monica Gschwind will bei der Uni und nicht beim Kulturvertrag sparen. Foto Jérôme Depierre

lionen-Deal, damit die Stadt kurzfristig den politischen Druck von der Uni nehmen und ihr finanzielle Sicherheit geben konnte – zumindest für eine Legislaturperiode.

Dass Gschwind und Lauber auf die Offerte nicht eingingen, ist für städtische Parlamentarier nicht verständlich. «Die Kulturvertrags-Offerte von unserer Regierung hätten Gschwind und Lauber prüfen können. Der Kanton Baselland, der so dringend auf Sparmassnahmen angewiesen ist, sollte solche Angebote nicht voreilig ausschlagen», sagt LDP-Präsidentin und Grossrätin Patricia von Falkenstein.

«Unnötiger Kantönligeist»

Das abgelehnte Angebot zeige einmal mehr auf, dass die Stadt Basel bereit sei, dem Baselbiet entgegenzukommen, Baselland aber ein generelles Misstrauensvotum gegenüber der Stadt an den Tag legen würde, obwohl die Stadt bemüht sei, nach bikantonalen Lösungen zu suchen. «Es wird Zeit, dass

das Baselbiet über den Kantönligeist hinwegkommt und man damit anfängt, die Region als Ganzes stärken zu wollen», so von Falkenstein.

Anders sieht das SVP-Landrat Oskar Kämpfer. «Gschwind und Lauber haben die Offerte zu Recht abgelehnt. Eine Annahme hätte nur unseren Verhandlungsstandpunkt geschwächt.» Das Ziel

«Die Basler Offerte wäre eine faire Entlastung für Baselland und die Universität gewesen.»

SP-Landrat Roman Brunner

sollte nämlich die komplette Umstrukturierung der Uni sein. Deshalb müsse man den bestehenden Univertrag neu verhandeln. Kämpfer ist sich sicher: Ein neuer Vertrag führe automatisch zu niedrigeren Kosten.

Dem widerspricht SP-Bildungspolitiker Roman Brunner. «Eine Änderung

des Univertrags ist unnötig. Das Baselbiet fährt sehr gut mit dem momentanen Vertrag.» Landrat Brunner ist der Ansicht, dass Lauber und Gschwind die Offerte sicherlich sorgfältiger hätten prüfen müssen. Bei einer Annahme des Basler Vorschlags wäre es aber möglich gewesen, dass sich der Landrat gegen den Deal stellt. Trotzdem: «Die Basler Offerte wäre eine faire Entlastung für Baselland und die Universität gewesen», sagt Roman Brunner.

Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind weilt momentan in den Ferien und könne zu den BaZ-Recherchen keine Stellung nehmen, teilt ihr Generalsekretariat auf Anfrage mit.

Aber auch in der Stadt möchte man Stillschweigen über die Verhandlungen bewahren. «Die Gespräche zwischen den beiden Regierungsräten von Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind noch im Gange. Über deren Inhalte geben wir gegenwärtig keine Auskunft», stellt Vize-Staatsschreiber Marco Greiner auf Anfrage klar.